

# 2015–2020 Rückkehr zur Normalität?

KLAUS POIER



- Die Landtagswahl am 24. November 2019 wird zum Triumph für Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer: mit ihm feiern Bundeskanzler Sebastian Kurz und das Führungsteam der Steirischen Volkspartei



**In der Steiermark kann man berechtigterweise die Frage stellen, ob wir eine Art Rückkehr zur jahrzehntelang kontinuierlichen „steirischen Normalität“ der Zweiten Republik erleben: mit der weiterhin regierenden Großen Koalition, der Steirischen Volkspartei in der klaren Führungsrolle und mit Hermann Schützenhöfer nun wieder einem ÖVP-Landeshauptmann an der Spitze.**

KLAUS POIER

**I**n der Steiermark brachten die Landtagswahlen im 21. Jahrhundert jeweils deutliche Zäsuren mit sich: Die Landtagswahl 2005 führte erstmals nach 1945 zur Wahl eines SPÖ-Landeshauptmanns und in weiterer Folge zu einer sehr polarisierten Auseinandersetzung zwischen den beiden Großparteien während der gesamten Legislaturperiode. Diametral anders war nach der Landtagswahl 2010 die neu formierte „Reformpartnerschaft“ als enge zukunftsorientierte Zusammenarbeit von SPÖ und ÖVP ausgerichtet.<sup>1</sup> Der Landtagswahl 2015 folgte nun neuerlich eine politische Zäsur: Hermann Schützenhöfer wurde überraschend zum Landeshauptmann der Steiermark gewählt und übernahm mit der Steirischen Volkspartei wieder die Führungsrolle im Land, die sie eindrucksvoll bei der Landtagswahl 2019 zu einem Rekordvorsprung ausbauen konnte. Ist mit den jüngsten Entwicklungen seit 2015 eine Art „Rückkehr zur Normalität“ der Zweiten Republik verbunden?

### **Landtagswahl 2015 und Regierungsbildung**

Bei der – um einige Monate auf den 31. Mai 2015 vorverlegten – Landtagswahl 2015 erlitten SPÖ und ÖVP schwere Verluste. Die SPÖ verlor 8,97 Prozentpunkte (2015: 29,29 %, 15 Mandate;

2010: 38,26 %, 23 Mandate – zu beachten ist, dass der Landtag nun auch von 56 auf 48 Mandatare verkleinert worden war<sup>2</sup>), die ÖVP erlitt ein Minus von 8,74 Prozentpunkten (2015: 28,45 %, 14 Mandate; 2010: 37,19 %, 22 Mandate). Auch wenn die ÖVP damit den Abstand geringfügig auf unter einen Prozentpunkt verringern konnte, blieb sie hinter der SPÖ auf Platz zwei. Die FPÖ konnte stark um über 16 Prozentpunkte zulegen (2015: 26,76 %, 14 Mandate; 2010: 10,66 %, 6 Mandate), sodass es nunmehr drei annähernd gleich große „Mittelparteien“ in der Steiermark gab. Die Grünen gewannen leicht dazu (2015: 6,68 %, 3 Mandate; 2010: 5,55 %, 3 Mandate). Der KPÖ gelang trotz geringer Verluste der neuerliche Einzug in den Landtag (2015: 4,22 %, 2 Mandate; 2010: 4,41 %, 2 Mandate), während NEOS (2,64 %) ebenso wie die Liste Frank Stronachs (1,74 %) scheiterten.

Für die schweren Verluste von SPÖ und ÖVP wurde in der Öffentlichkeit vielfach die Reformpolitik der steirischen „Reformpartnerschaft“ der Jahre 2010 bis 2015 und insbesondere das – in einigen (kleinen) betroffenen Gemeinden abgelehnte – Projekt der Gemeindestrukturreform<sup>3</sup> verantwortlich gemacht.<sup>4</sup> Gegen diese Erklärungshypothese spricht allerdings, dass die Reformen in Umfragen grundsätzlich durchaus hohe Zustimmung der Bevölkerung erzielten und die Zahl der Wählerinnen und Wähler in den

kleinen widerstreitenden Fusionsgemeinden im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten letztlich gering war. Die starken Stimmenverluste lassen sich daher viel besser einerseits mit einem bundespolitischen Trend erklären: Das Thema Migration und die zunehmende Flüchtlingssituation in Europa waren immer stärker in den Vordergrund gerückt. Am meisten profitierte davon – damals – die FPÖ, die zur selben Zeit in bundesweiten Umfragen – auch weil auf Bundesebene das Modell Große Koalition, vor allem als „Stillstands- und Streitkoalition“ wahrgenommen, immer weniger Zustimmung fand – sogar Platz eins einnahm.<sup>5</sup> Andererseits fehlte der Reformpartnerschaft aber dennoch auch ein besonderer Wahlkampfmotor: Die starke Polarisierung zwischen den Großparteien und der hart ausgetragene Kampf um die Führungsrolle im Land hat-

ten 2010 weit besser zur Mobilisierung im Wahlkampf getaugt als 2015 die – durchaus auch international beachteten<sup>6</sup> – Reformfolge der zu einem Teil auch als „Kuschelkurs“ wahrgenommenen Zusammenarbeit.

Die Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP zur Bildung der neuen steirischen Landesregierung, die erstmals nicht nach dem Proporzsystem, sondern nach freier Mehrheitsbildung im Landtag zu wählen und überdies ebenso verkleinert worden war,<sup>7</sup> brachten ein auch für Insider völlig überraschendes Ergebnis: Hermann Schützenhöfer wurde, obwohl die Steirische Volkspartei hinter der SPÖ lag, für die gesamte Legislaturperiode – ohne eine angesichts des knappen Wahlergebnisses eher erwartete Halbzeitlösung – zum neuen Landeshauptmann der Steiermark gewählt und bildete nun mit Michael Schickhofer als



- Nach seiner Wahl zum Landeshauptmann am 16. Juni 2015 wird Hermann Schützenhöfer von Bundespräsident Heinz Fischer in der Hofburg angelobt.



• Das Regierungsteam der „Zukunftspartnerschaft“ 2015. Von links: LR Drexler, LR Buchmann, LR Seitinger, LH Schützenhöfer (alle ÖVP), LH-Stv. Schickhofer, LR Lackner, LR Kampus, LR Leichtfried (alle SPÖ).

neuem SPÖ-Chef die Spitze einer „Zukunftspartnerschaft“.<sup>8</sup> Auch wenn Hermann Schützenhöfer als erfahrener und „starker“ Verhandler bekannt ist, lagen die Hauptursachen für diese Entwicklung im Rücktritt von Franz Voves – der vor der Wahl angekündigt hatte, bei einem Wahlergebnis unter 30 % zurückzutreten, und nun nicht wortbrüchig werden wollte – sowie SPÖ-internen Nachfolgeüberlegungen bzw. -diskussionen. Die als SPÖ-Narrativ zur innerparteilichen Begründung des Verzichts auf den Landeshauptmannposten auch kolportierte Erklärung, die ÖVP hätte die SPÖ mit einer Koalition mit der FPÖ erpresst, kann hingegen als nicht stichhaltig angesehen werden: Es erscheint undenkbar, dass Hermann Schützenhöfer nach der „reformpartnerschaftlichen“ Freundschaft mit Franz Voves einen derartigen Schritt gesetzt hätte, und es gibt auch keinerlei Indiz, dass eine ÖVP-interne Revolte gegen Hermann Schützenhöfer für einen solchen Plan eine Mehrheit gefunden hätte.

Die Wahl Hermann Schützenhöfers zum Landeshauptmann im Juni 2015 kann nun durchaus als ein Schritt der Rückkehr zur Normalität der Zweiten Republik angesehen werden. Von 1945 bis 2005 hatte die Steirische Volkspartei immer den Landeshauptmann gestellt, die zehnjährige Zwischenperiode eines SPÖ-Landeshauptmanns war wieder beendet. Die Zusammenarbeit ab 2015 in der „Zukunftspartnerschaft“ konnte freilich nicht nahtlos an die „Reformpartnerschaft“ zuvor anknüpfen. Die auch im Vergleich zu anderen politischen Systemen einmalige „Reformpart-

nerschaft“ war ganz besonders von der persönlichen Konstellation und Freundschaft zwischen Franz Voves und Hermann Schützenhöfer geprägt gewesen. Sowohl hinsichtlich des Altersunterschiedes als auch der politischen Ambitionen war die neue Partnerschaft mit Michael Schickhofer nicht vergleichbar. Auch inhaltlich hatte die „Reformpartnerschaft“ mit der Gemeindestrukturenreform ein in der Öffentlichkeit markantes Thema, das die Legislaturperiode in einer Weise medial prägte, wie das selten der Fall ist. Die neue Zukunftspartnerschaft ähnelte hier mehr der üblichen Normalität, als die fremdgesetzten Themen Migration, später Klimakrise oder kontinuierlich das Budgetdefizit bestimmender waren als das am stärksten selbst gesetzte Thema der längerfristig angelegten Spitals- bzw. Gesundheitsreform.<sup>9</sup>

Mit der Wahl Hermann Schützenhöfers übernahm die Steirische Volkspartei wieder die klare Führungsrolle in der Steiermark und es dauerte nur wenige Zeit, bis kaum jemandem in der Steiermark noch bewusst zu sein schien, dass bei der Landtagswahl 2015 und im Landtag eigentlich die SPÖ stärkste Partei war. Hermann Schützenhöfer selbst gelang auch erstaunlich schnell der Rollenwechsel – er hatte im Übrigen über die Zeit auch viele Rollen einzunehmen: vom angriffigen quasi Oppositionspolitiker einer sich gedemütigt empfundenen Partei ab 2005, über den konzilianten sozialpartnerschaftlich geprägten Reformpartner in der Rolle des Zweiten ab 2010 bis nun ab 2015 zum Ersten in der



- Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ brachte insbesondere am steirisch-slowenischen Grenzübergang Spielfeld große Herausforderungen mit sich.

Steiermark als Landeshauptmann. Insbesondere, weil der Start als Landeshauptmann kein leichter war – wenige Tage nach der Wahl ereignete sich im Juni 2015 die Amokfahrt in Graz,<sup>10</sup> im Herbst 2015 war die Steiermark ganz besonders von der sogenannten „Flüchtlingskrise“ betroffen<sup>11</sup> –, zeigte sich rasch, dass Hermann Schützenhöfer in der Rolle des Landeshauptmanns den Zenit seines politischen Wirkens erreicht hatte: Er vermittelte entschlossenes, aber besonnenes Handeln – quasi als personalisierter „Fels in der Brandung“<sup>12</sup> – und fand in der Öffentlichkeit die richtigen Worte. Er nahm rasch glaubwürdig die Rolle eines weithin beliebten und geschätzten Landesvaters ein.

## Gemeinderatswahl 2017 in Graz

Da der Gemeinderat der Stadt Graz, in dem es keine Koalition, sondern ein freies Spiel der Kräfte gab, eine Einigung auf ein Budget für 2017 nicht erzielen konnte, wurde die Gemeinderatswahl vom Herbst auf den Februar 2017 vorverlegt.<sup>13</sup> Die ÖVP unter Siegfried Nagl, der schon seit 2003 erfolgreich als Bürgermeister im Amt ist, war der klare Sieger dieser Wahl und konnte um über vier Prozentpunkte dazugewinnen (2017: 37,79 %, 19 Mandate; 2012: 33,74 %, 17 Mandate). Den zweiten Platz behauptete die KPÖ mit

leichten Zugewinnen (2017: 20,34 %, 10 Mandate; 2012: 19,86 %, 10 Mandate). Platz drei ging an die FPÖ mit einem Plus von mehr als zwei Prozentpunkten (2017: 15,86 %, 8 Mandate; 2012: 13,75 %, 7 Mandate), dahinter lagen die Grünen mit einem Minus von fast zwei Prozentpunkten (2017: 10,51 %, 5 Mandate; 2012: 12,14 %, 6 Mandate). NEOS zog erstmals in den Gemeinderat ein (2017: 3,94 %, 1 Mandat). Großer Wahlverlierer war die SPÖ, die von Platz drei auf Platz fünf zurückfiel (2017: 10,05 %, 5 Mandate; 2012: 15,31 %, 7 Mandate) und nicht nur



- Neue Koalition in der Landeshauptstadt Graz: Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeister Eustacchio

mehr als fünf Prozentpunkte, sondern auch den einzigen Sitz im Stadtsenat an die KPÖ, die nun zwei Sitze in der Stadtregierung stellt, verlor. Da somit die SPÖ als möglicher (und kolportierter Wunsch-)Koalitionspartner ausschied, bildete Bürgermeister Siegfried Nagl in weiterer Folge eine Koalition mit der FPÖ unter dem neuen Vizebürgermeister Mario Eustacchio.

## Turbulente Entwicklung auf Bundesebene

Auf Bundesebene erlebte das politische System Österreichs in den letzten Jahren äußerst turbulente Zeiten. Mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Herbst 2015 wurde Migration zum bestimmenden politischen, auch in der Öffentlichkeit besonders emotional diskutierten Thema, das immer offenkundiger auch Spaltungstendenzen oder zumindest die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft mit sich zu bringen drohte. Deutlich zu sehen war diese konfrontative Polarisierung sowohl der politischen Elite und Öffentlichkeit, aber auch eines Großteils der Bevölkerung im Wahlkampf der Bundespräsidentenwahl 2016, bei der im ersten Wahlgang die traditionelle parteipolitische Mitte der Zweiten Republik gleichsam unterging und in der entscheidenden Stichwahl Alexander Van der Bellen (Grüne; 53,79 %) gegen Norbert Hofer (FPÖ; 46,21 %), der im ersten Wahlgang mit 35,05 % überlegen in Führung gegangen war, obsiegte.<sup>14</sup> Der Umbruch war augenscheinlich: Österreich bekam nicht nur erstmals einen grünen Bundespräsidenten, sondern zum ersten Mal spielte weder der Kandidat der SPÖ (Rudolf Hundstorfer, 11,28 %), noch der Kandidat der ÖVP (Andreas Khol, 11,12 %) bei der Entscheidung eine Rolle. Beide lagen abgeschlagen auch hinter der parteiunabhängigen früheren OGH-Präsidentin Irmgard Griss, die einen überraschenden Achtungserfolg mit 18,94 % erzielte und nur knapp hinter Van der Bellen (21,34 %) den dritten Platz erreichte. Internationales Aufsehen erregte die Bundespräsidentenwahl 2016 auch deshalb, weil die erste Durchführung der Stichwahl, bei der Van der Bellen mit nur 50,35 % gewonnen hatte, nach einer Anfechtung seitens der FPÖ vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde,



• Mit Alexander Van der Bellen (im Bild bei der Angelobung in der Bundesversammlung) erhält Österreich erstmals einen grünen Bundespräsidenten

da bei der Auszählung der Briefwahlstimmen Rechtswidrigkeiten in einigen Wahlbezirken (allerdings ohne jedes Indiz für eine tatsächliche Wahlfälschung) sowie verfrühte Veröffentlichungen von Teilwahlergebnissen festgestellt wurden.<sup>15</sup> Auf Bundesebene kam es auch zu einem Wechsel an der Spitze beider Koalitionsparteien.<sup>16</sup> Christian Kern löste 2016 Werner Faymann als SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzler ab, 2017 folgte Sebastian Kurz Reinhold Mitterlehner als ÖVP-Obmann. Während Christian Kern nach seiner Amtsübernahme SPÖ-Neuwahlüberlegungen nicht in die Tat umsetzte – einerseits, weil die Wiederholung der Stichwahl bei der Bundespräsidentenwahl einer raschen Neuwahl entgegenstand, andererseits, weil in weiterer Folge auch innerparteiliche Widerstände vorhanden waren –, verknüpfte Sebastian Kurz die Übernahme der ÖVP-Führung sowohl mit einer Erneuerung der Partei – symbolhaft nun bezeichnet als türkise „Neue Volkspartei“ – wie auch mit der Forderung nach einer vorgezogenen Neuwahl des Nationalrates, um – wie er argumentierte – die Koalition alten Stils nicht einfach fortzusetzen, sondern eine Veränderung Österreichs durch die Wählerinnen und Wähler zu legitimieren. Auch wenn in weiterer Folge die Befugnisse des Bundesparteiobermanns sogar in den Statuten der ÖVP deutlich ausgebaut wurden, führte dies – insbesondere, was das Verhältnis zwischen Bundesorganisa-

tion und Landesparteien betrifft – nicht zu weniger, sondern zu mehr Geschlossenheit in der ÖVP – bedingt freilich vor allem durch die erhofften und dann auch realisierten Wahlerfolge, aber auch, weil viele – wie insbesondere Hermann Schützenhöfer und die Steirische Volkspartei – seit langem eine stärkere Reformorientierung der Bundespolitik und ein Ende der weithin kritisierten „Stillstands- und Streitkoalition“ eingefordert hatten.

Nach einem sehr polarisierten, zum Teil äußerst „unsauberen“<sup>17</sup> und auch teuren Wahlkampf<sup>18</sup> eroberte die ÖVP bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 Platz eins mit einem deutlichen Zugewinn von 7,48 Prozentpunkten (2017: 31,47 %, 62 Mandate; 2013: 23,99 %, 47 Mandate).<sup>19</sup> Sebastian Kurz hatte dabei thematisch vor allem mit einer Fokussierung auf das Migrationsthema sowie einem Reform- und Veränderungsnarrativ gepunktet. Die SPÖ legte geringfügig um 0,04 Prozentpunkte zu (2017: 26,86 %, 52 Mandate; 2013: 26,82 %, 52 Mandate) und blieb damit knapp vor der FPÖ (2017: 25,97 %, 51 Mandate; 2013: 20,51 %, 40 Mandate), die mit 5,46 Prozentpunkten den zweithöchsten

Stimmenzuwachs lukrieren konnte. Neben Christian Kern, der 2018 dann die SPÖ-Führung an Pamela Rendi-Wagner abgab, waren die Grünen der größte und in dieser Dimension überraschende Wahlverlierer – mit Ulrike Lunacek nach dem Rücktritt von Eva Glawischnig als Spitzenkandidatin –, und verpassten mit einem Minus von 8,62 Prozentpunkten den Einzug in den Nationalrat (2017: 3,80 %, 0 Mandate; 2013: 12,42 %, 24 Mandate). Die Gründe dafür waren vielfältig: Neben parteiinternen Unstimmigkeiten insbesondere mit der Jugendorganisation verloren die Grünen vor allem in der Zuspitzung auf die Kanzlerfrage Kurz oder Kern deutlich Stimmen an die SPÖ, zum anderen hatten sie auch „grün-interne“ Konkurrenz durch die eigene Liste des bisherigen Grün-Mandatars Peter Pilz, die mit 4,41 % und 8 Mandaten den Einzug in den Nationalrat schaffte. NEOS mit Spitzenkandidat Matthias Strolz und im Rahmen einer gemeinsamen Kandidatur mit Irmgard Griss, gewann leicht um 0,34 Prozentpunkte dazu (2017: 5,30 %, 10 Mandate; 2013: 4,96 %, 9 Mandate). War bei der Nationalratswahl 2013 in der Steiermark die FPÖ noch stärkste Partei vor SPÖ und



- *Triumph in Türkis: Sebastian Kurz an der Spitze der ÖVP gewinnt die Nationalratswahl 2017 und noch deutlicher die Nationalratswahl 2019*

ÖVP gewesen, eroberte die ÖVP bei der Nationalratswahl 2017 auch hier Platz eins mit 31,49 % vor der FPÖ (29,42 %) und der SPÖ (25,09 %). Nach Sondierungsgesprächen kam es in weiterer Folge zu Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ, die schließlich kurz vor Weihnachten 2017 zur Bildung einer türkis-blauen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache führten. Aus den Reihen der Steirischen Volkspartei wurde Juliane Bogner-Strauß als Kanzleramtsministerin Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend.

Während man eigentlich den Eindruck hatte, dass diese Koalition von beiden Seiten längerfristig angelegt war, und eine zumindest zwei Perioden überdauernde Regierungszusammenarbeit nicht unrealistisch zu sein schien, endete die türkis-blaue Koalition abrupt im Mai 2019. Auslöser war die Veröffentlichung des sogenannten „Ibiza-Videos“, das Heinz-Christian Strache wenige Monate vor der Nationalratswahl 2017 – damals Klubobmann der FPÖ – bei einem heimlich aufgenommenen Treffen zeigt, bei dem er politisch untragbare Aussagen im Zusammenhang mit möglicher Korruption, Umgehung der Parteienfinanzierungsregelungen sowie Einfluss auf Medien tätigte.<sup>20</sup> Einen Tag nach Veröffentlichung des Videos trat Strache zurück und Sebastian Kurz verkündete am Abend desselben Tages das Ende der Koalition und vorzeitige Neuwahlen.<sup>21</sup> Nachdem Kurz in weiterer Folge dem Bundespräsidenten die Entlassung von Innenminister Herbert Kickl vorgeschlagen hatte, tra-

ten sämtliche FPÖ-Regierungsmitglieder zurück. Bundespräsident Van der Bellen besetzte auf Vorschlag von Kurz die frei gewordenen Regierungssitze mit Expertinnen und Experten. Durch den Rückzug der FPÖ aus der Regierung verfügte die Regierung Kurz allerdings im Nationalrat über keine Mehrheit mehr. Dies eröffnete den Weg zum ersten erfolgreichen Misstrauensvotum gegen eine Bundesregierung in der Geschichte der Republik Österreich, das mit den Stimmen der SPÖ, der FPÖ und der Liste Pilz – offenkundig vor allem aus parteitaktischen Überlegungen, um Sebastian Kurz die Wahlwerbung aus der Rolle des Bundeskanzlers zu verwehren – beschlossen wurde. Nach dem Misstrauensvotum ernannte Bundespräsident Van der Bellen eine „Experten-“ bzw. „Beamtenregierung“ mit – wiederum zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Österreich – einer Frau an der Spitze: Bundeskanzlerin wurde die bisherige Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Brigitte Bierlein, Vizekanzler der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jabloner.<sup>22</sup>

Mitten in dieser Regierungskrise in Österreich fanden die Europawahlen 2019 statt, bei denen die ÖVP (34,55 %, 7 Mandate) klare Nummer eins wurde, vor der SPÖ (23,89 %, 5 Mandate), der FPÖ (17,20 %, 3 Mandate), den Grünen (14,08 %, 3 Mandate<sup>23</sup>), bei denen der neue Bundessprecher Werner Kogler als zugkräftiger Spitzenkandidat antrat, und NEOS (8,44 %, 1 Mandat). Aus den Reihen der Steirischen Volkspartei, die mit 35,74 % der Stimmen und klarem Platz eins in der Steiermark ebenso zum



- Das „Ibiza-Video“ führt zum abrupten Ende der türkis-blauen Bundesregierung und zu einer Neuwahl des Nationalrats



- Simone Schmiedtbauer zieht als Vertreterin der Steirischen Volkspartei in das Europäische Parlament ein



- *Neue Konstellationen auf Bundesebene: der türkis-blauen folgte eine türkis-grüne Bundesregierung, mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler an der Spitze*

Wahlerfolg der ÖVP beitrug, zog mit Simone Schmiedtbauer nach einigen Jahren Vakanz nun wieder eine Mandatarin ins Europäische Parlament ein.<sup>24</sup>

Aus der Nationalratswahl am 29. September 2019 gingen Sebastian Kurz und die ÖVP dann noch deutlicher als Sieger hervor. Mit 37,46 % und 71 Mandaten konnte nicht nur ein Zugewinn von 5,99 Prozentpunkten erzielt, sondern auch der Abstand zur SPÖ als zweitstärkster Partei auf 16,28 Prozentpunkte ausgebaut werden. Die SPÖ kam mit einem Minus von 5,68 Prozentpunkten auf ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis von 21,18 % (40 Mandate), die FPÖ – mit Norbert Hofer als Parteiobmann und Klubobmann Herbert Kickl als Doppelspitze – verlor 9,80 Prozentpunkte, konnte sich mit 16,17 % (31 Mandate) dennoch trotz des „Ibiza-Skandals“

auf im langfristigen Vergleich beachtlichem Niveau halten. Geradezu triumphal war die Rückkehr der Grünen in den Nationalrat – neuerlich mit Werner Kogler als Spitzenkandidaten –, die mit einem Plus von 10,10 Prozentpunkten 13,90 % (26 Mandate) erreichten und damit ihr historisch bestes Wahlergebnis bei Nationalratswahlen erzielten. Die Grünen konnten im Wahlkampf vor allem davon profitieren, dass die Klimakrise – nicht zuletzt ausgelöst durch die „Fridays for future“-Bewegung – zu einem bestimmenden Thema geworden war, konnten bei ihren Sympathisanten aber ebenso erfolgreich damit werben, dass das Ausscheiden aus dem Nationalrat nun rasch rückgängig gemacht werden sollte. Während die Liste JETZT (früher Liste Pilz) mit 1,87 % am Einzug scheiterte, konnte NEOS mit Beate Meinl-Reisinger als Nachfolgerin von Matthias Strolz an der Spitze um 2,80 Prozentpunkte auf 8,10 % (15 Mandate) zulegen. Auch in der Steiermark konnte die ÖVP bei der Nationalratswahl mit einem Plus von 7,41 Prozentpunkten auf 38,90 % stark dazugewinnen und erreichte damit mehr Stimmen als SPÖ (19,23 %) und FPÖ (18,46 %) zusammen.<sup>25</sup> Im Wahlkampf hatte es noch so ausgesehen, als ob die Optionen der Regierungsbildung nach der Nationalratswahl schwierig werden könnten, da es Einwände gegen alle diskutierten Varianten gab: Neuaufgabe der schon länger als gescheitert angesehenen „Großen Koalition“, Neuaufgabe der eben erst gescheiterten türkis-blauen Regierung, allenfalls – bei entsprechender Mehrheit – eine die SPÖ zu sprengen drohende Koalition mit der



- *Das „weiß-grüne“ Regierungsteam ab 2019. Von links: LR Seitinger, LR Lackner, LR Bogner-Strauß, LH-Stv. Lang, LH Schützenhöfer, LR Eibinger-Miedl, LR Kampus, LR Drexler*

FPÖ oder Experiment einer entweder komplexen Dreierkoalition (insbesondere ÖVP-Grüne-NEOS) oder einer in der politischen Kultur Österreichs unbekanntenen Minderheitsregierung. Nach der Wahl ergab sich überraschend die zusätzliche – bis dahin sowohl arithmetisch als auch inhaltlich für unwahrscheinlich gehaltene – Option einer türkis-grünen Regierung, die rasch auch medial breit gefordert wurde. Nach Sondierungen und mehreren Wochen Verhandlungen einigten sich ÖVP und Grüne Anfang Jänner 2020 auf die Bildung einer Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler, wobei das Regierungsprogramm angesichts der in vielen Fragen unterschiedlichen Standpunkte der beiden Parteien unter das Motto „Das Beste aus beiden Welten“ anstatt „verwässerter“ Kompromisse in allen Kapiteln gestellt wurde. Aus den Reihen der Steirischen Volkspartei wurde Christina Aschbacher Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend.

## Landtagswahl 2019

Für die Steiermark hatte die „Ibiza-Affäre“ und ihre Folgen die Konsequenz, dass ein Jahr Wahlkampf drohte: von der Europawahl im Mai 2019 über die Nationalratswahl im September 2019 bis zu den grundsätzlich für März 2020 vorgesehenen Gemeinderatswahlen und der schließlich spätestens im Mai 2020 durchzuführenden Landtagswahl. Eine Vorverlegung der Landtagswahl war in Hinblick auf eine Entflechtung von (oder allenfalls Zusammenlegung mit) den Gemeinderatswahlen schon vorher immer wieder Thema gewesen. Angesichts des nun entscheidend ausgeweiteten Wahlterminkalenders nahm diese Diskussion an Fahrt auf, nicht zuletzt auch, weil die politische Diskussion in der Steiermark, massiv beeinflusst durch die bundespolitischen Ereignisse, kontroverser und damit die Einigung auf größere Zukunftsentscheidungen in der Landesregierung bzw. im Landtag vor der Landtagswahl unwahrscheinlicher wurde. Deshalb, und wohl auch, weil bundespolitische Auswirkungen der Nationalratswahl und insbesondere der folgenden Regierungs- bzw. Koalitionsbildung auf die Landtagswahl drohten bzw. zumindest nicht abschätzbar waren, stimmte die Steirische Volks-

partei einem Neuwahlantrag der FPÖ im September 2019 zu. Dies erfolgte gegen den ausdrücklichen Willen der SPÖ bzw. insbesondere deren Vorsitzenden Michael Schickhofer, der vom Wahltermin im Mai 2020 nicht abrücken wollte. Das Klima an der steirischen Regierungsspitze war in weiterer Folge bis zur Landtagswahl deutlich rauer.<sup>26</sup>

Die Landtagswahl am 24. November 2019 brachte allerdings klare Verhältnisse und wurde zu einem triumphalen Erfolg für Hermann Schützenhöfer und die Steirische Volkspartei. Die ÖVP legte um 7,60 Prozentpunkte zu und erreichte damit wieder das Niveau von vor der Wahl 2015 (2019: 36,05 %, 18 Mandate; 2015: 28,45 %, 14 Mandate). Schwere Verluste gab es hingegen für die SPÖ, die ein Minus von 6,27 Prozentpunkten verzeichnen musste (2019: 23,02 %, 12 Mandate; 2015: 29,29 %, 15 Mandate), und die FPÖ, die mit 9,27 Prozentpunkten noch stärker verlor (2019: 16,17 %, 31 Mandate; 2015: 25,97 %, 51 Mandate). Während dieses Wahlergebnis für die FPÖ unter Spitzenkandidat Mario Kunasek trotz der „Ibiza-Affäre“ und dieser hohen Verluste dennoch das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte bedeutete, erzielte die SPÖ das mit Abstand schlechteste Ergebnis seit 1945 und auch der Abstand zur ÖVP ist nun mit 13,03 Prozentpunkten der größte bei Landtagswahlen in der gesamten Zweiten Republik. Der Rücktritt Michael Schickhofers als SPÖ-Vorsitzender war die logische Folge. Wie auf Bundesebene profitierten die Grünen auch in der Steiermark von einem deutlichen Rückenwind durch die Klimaschutz-Diskussion und steigerten sich mit der neuen Spitzenkandidatin Sandra Krautwaschl um 5,40 Prozentpunkte (2019: 12,08 %, 6 Mandate; 2015: 6,68 %, 3 Mandate). Auch wenn dies eine Verdoppelung der Mandate im Landtag und das bei weitem beste Ergebnis bei steirischen Landtagswahlen bedeutete, blieb für die Grünen der Wermutstropfen, dass sich eine Koalition mit der ÖVP – anders als auf Bundesebene – knapp nicht ausging und sie damit aus dem Rennen um eine Regierungsbeteiligung waren. Die KPÖ, deren Verbleib im Landtag in der öffentlichen Diskussion nicht selten angezweifelt worden war, konnte sich demgegenüber mit Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler um 1,77 Prozent-



• Das aktuelle Führungsteam der Steirischen Volkspartei. Von links: LGF Eisel-Eiselsberg, LR Drexler, LT-Präs. Khom, LR Eibinger-Miedl, LH Schützenhöfer, BM Aschbacher, LR Bogner-Strauß, KO Riener, LR Seitinger

punkte steigern (2019: 5,99 %, 2 Mandate; 2015: 4,22 %, 2 Mandate). NEOS (2019: 5,37 %, 2 Mandate; 2015: 2,64 %) gelang mit ihrem Spitzenkandidaten Nikolaus Swatek der Einzug in den Steiermärkischen Landtag, in dem damit erstmals sechs Parteien vertreten sind.<sup>27</sup>

Nicht zuletzt der Führungswechsel bei der SPÖ, aber auch die neue Konstellation auf Bundesebene machte den Weg frei für eine letztlich rasche und von konstruktiven Verhandlungen geprägte Einigung auf eine neuerliche ÖVP-SPÖ-Koalition unter Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und seitens der SPÖ nun Anton Lang als Landeshauptmann-Stellvertreter.<sup>28</sup> Als ÖVP-Landesräte blieben weiter Johann Seitinger, Christopher Drexler und Barbara Eibinger-Miedl, die 2017 Christian Buchmann nachgefolgt war, im Amt. Angesichts des neuen Kräfteverhältnisses im Landtag hatten die Verhandlungen zu einem fünften Sitz der ÖVP in der Landregierung (bei nunmehr drei Sitzen der SPÖ) geführt, der in weiterer Folge mit Juliane Bogner-Strauß, die von der Bundes- in die Landespolitik wechselte, als neuer Gesundheitslandesrätin besetzt wurde. Klubobfrau der Steirischen Volkspartei blieb Bar-

bara Riener, die dieses Amt seit 2017 ausübt. Im Präsidium des Steiermärkischen Landtags rückte Manuela Khom als Repräsentantin der ÖVP als der nun mit Abstand stärksten Partei zur Landtagspräsidentin auf. Als Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei fungiert weiterhin Detlev Eisel-Eiselsberg.

### **Die Corona-Krise als enorme Herausforderung: Rückkehr zur Normalität?**

Auf Bundesebene erlebten wir in den letzten Jahren, wie dargelegt, turbulente Zeiten und kaum „Normalität“ der Zweiten Republik – mit neuen Koalitionen (türkis-blau, dann türkis-grün), aber auch anderen neuen Entwicklungen wie einem grünen Bundespräsidenten oder einer „Experten- bzw. „Beamtenregierung“ nach dem ersten erfolgreichen Misstrauensvotum gegen eine Bundesregierung.

In der Steiermark kann man hingegen berechtigterweise die Frage stellen, ob wir eine Art Rückkehr zur jahrzehntelang kontinuierlichen „steiri-

schen Normalität“ der Zweiten Republik erleben: mit der weiterhin regierenden Großen Koalition (wenn auch mit einer deutlich geschrumpften SPÖ), der Steirischen Volkspartei in der klaren Führungsrolle und mit Hermann Schützenhöfer nun wieder einem ÖVP-Landeshauptmann an der Spitze.

Freilich gestaltet sich aktuell unser Leben im Frühjahr 2020 alles andere als „normal“. Wir erleben in der sogenannten „Corona-Krise“ nie für möglich gehaltene Eingriffe in unsere Freiheiten, Grundrechte, in die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben, die mit dem Ziel gesetzt wurden, das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen und insbesondere den – in anderen Ländern wie Italien erfolgten – Zusammenbruch des Spitalssystems zu verhindern. Mit der Verschiebung der für 22. März 2020 angesetzten steirischen Gemeinderatswahlen als eine der ersten Maßnahmen war in unserem Bundesland schon sehr früh auch das demokratische System unmittelbar betroffen.<sup>29</sup> Insofern stellte sich im Übrigen die Vorverlegung der Landtags-

wahl als nachträglicher Vorteil heraus, als wohl auch eine im Mai 2020 durchzuführende Landtagswahl hätte verschoben werden müssen. Aktuell hoffen alle auf eine möglichst baldige Rückkehr zur Normalität nach der gesundheitlichen Bedrohung und all den Einschränkungen. Freilich ist zu befürchten, dass die Auswirkungen der Krise noch viele Jahre zu spüren sein werden – insbesondere in Wirtschaft und am Arbeitsmarkt – und sowohl für die Bundes- wie auch für die Landespolitik, vor allem was die öffentlichen Finanzen betrifft, für längere Zeit schwere Aufgaben mit sich bringen werden.

- 1 Vgl. Klaus Poier: 2005 – 2015. Das janusköpfige Dezenium, in: „70 Jahre steirische reformkraft“, politicum 118 (2015), 96 ff.
- 2 Verfassungsnovelle LGBl. 8/2012.
- 3 Vgl. Wolfgang Wlattnig/Manfred Kindermann/Hans-Jörg Hörmann: Steiermärkische Gemeindestrukturreform 2015, Wien 2016.
- 4 Vgl. dazu und zum Folgenden Klaus Poier: Die steirische Landtagswahl 2015: Erwartbares, Überraschungen, Lehren?, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2015. Wien/Köln/Weimar 2015, 137 ff.



- *Im Rahmen von Videokonferenzen, in Zeiten der Corona-Krise häufige Kommunikationsform, wird auch die möglichst baldige Fortsetzung der aufgrund der Krise verschobenen Gemeinderatswahlen in der Steiermark diskutiert. Im Bild von links: Gemeindebundobmann Dirnberger, LH Schützenhöfer, LH-Stv. Lang, Städtebundobmann Kurt Wallner*

- 5 Vgl. die Wahlumfragen auf <https://neuwal.com/wahlumfragen/> (zuletzt eingesehen am 12. Mai 2020).
- 6 Vgl. Anton Pelinka: Steirisch oder griechisch, in: Die Zeit, Ausgabe 7/2012.
- 7 Vgl. nochmals die Verfassungsnovelle LGBl. 8/2012.
- 8 Das Regierungsübereinkommen hatte die Überschrift „KRÄFTE BÜNDELN – STEIERMARK STÄRKEN. KOALITION.ZUKUNFT.STEIERMARK“, siehe [http://www.stvp.at/files/2015/06/Koalition\\_Zukunft\\_Steiermark.pdf](http://www.stvp.at/files/2015/06/Koalition_Zukunft_Steiermark.pdf) (zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 9 Vgl. dazu „Reform des Gesundheitssystems“, *politicum* 106 (2008).
- 10 Vgl. dazu Edwin Benko: Amokfahrt in Graz – Menschen in Ausnahmesituationen menschlich kompetent begleiten, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2015, Wien/Köln/Weimar 2016, 71 ff.
- 11 Vgl. zu diesem Themenkomplex die Beiträge in „Asyl“, *politicum* 119 (2016).
- 12 Hermann Schützenhöfer verwendet das Bild „Fels in der Brandung“ selbst sehr häufig, indem er darauf hinweist, dass für ihn in seiner politischen Tätigkeit die katholische Soziallehre ein solcher „Fels in der Brandung“ sei; vgl. exemplarisch [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5619116/Neues-SozialhilfeGesetz\\_SPOe-ruft-VfGH-an-Schuetzenhoefer-hat](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5619116/Neues-SozialhilfeGesetz_SPOe-ruft-VfGH-an-Schuetzenhoefer-hat) (zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 13 Zur Gemeinderatswahl 2017 in Graz vgl. mehrere Beiträge in Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2017, Wien/Köln/Weimar 2018.
- 14 Vgl. Klaus Poier: Die ewige Bundespräsidentenwahl 2016, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2016. Wien/Köln/Weimar 2017, 155 ff.
- 15 Vgl. Klaus Poier: Vorhersehbar und unausweichlich: Anmerkungen zur Aufhebung der Bundespräsidenten-Stichwahl 2016 durch den Verfassungsgerichtshof, in: Andreas Khol u.a. (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2016, Wien/Köln/Weimar 2017, 85 ff.
- 16 Zur Nationalratswahl 2017, Vorgeschichte und Folgen vgl. bereits Klaus Poier: Nationalratswahl 2017: Ende der dritten Periode der Großen Koalition in der Zweiten Republik, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2017, Wien/Köln/Weimar 2018, 121 ff.
- 17 Dazu und insbesondere zur sogenannten „Silberstein-Affäre“ vgl. Heidi Glück: Die Rolle politischer Beratung im Wahlkampf, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2017, Wien/Köln/Weimar 2018, 115 ff.
- 18 Vgl. dazu Hubert Sickinger: Wahlkampffinanzierung im Schatten der Wahl 2017, in: Barbara Tóth/Thomas Hofer: Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale, Salzburg/München 2019, 151 ff.
- 19 Vgl. dazu und zum Folgenden nochmals Klaus Poier: Nationalratswahl 2017: Ende der dritten Periode der Großen Koalition in der Zweiten Republik, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2017, Wien/Köln/Weimar 2018, 121 ff.
- 20 Vgl. dazu Barbara Tóth: Einmal Ibiza und zurück, in: Barbara Tóth/Thomas Hofer: Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale, Salzburg/München 2019, 127 ff.
- 21 Vgl. zur Vorgeschichte der Nationalratswahl 2019 und dieser Thomas Hofer: Auf dem Weg zur Emokratie, in: Barbara Tóth/Thomas Hofer: Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale, Salzburg/München 2019, 11 ff.
- 22 Vgl. dazu auch Klaus Poier: Die Rolle von Parlament und Bundespräsident bei der Regierungsbildung (und Regierungsentlassung) in Österreich – Reformbedarf?, in: Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform: Demokratiebefund 2019, 12 ff., abrufbar unter: <http://www.mehrheitswahl.at/material/Demokratiebefund-2019-gesamt-web.pdf> (zuletzt eingesehen am 15.05.2020).
- 23 Ursprünglich erzielten die Grünen zwei Mandate. Das Österreich nach dem Brexit zustehende 19. Mandat im Europäischen Parlament fiel dann ebenso den Grünen zu.
- 24 Zu den Ergebnissen der Europawahl 2019 siehe die offiziellen Ergebnisse auf der Homepage des Innenministeriums, [https://www.bmi.gv.at/412/Europawahlen/Europawahl\\_2019/start.aspx](https://www.bmi.gv.at/412/Europawahlen/Europawahl_2019/start.aspx), bzw. des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, [https://egov.stmk.gv.at/wahlen/EW2019/index\\_EW2019.html](https://egov.stmk.gv.at/wahlen/EW2019/index_EW2019.html) (beides zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 25 Zu den Ergebnissen der Nationalratswahl 2019 siehe die offiziellen Ergebnisse auf der Homepage des Innenministeriums, <https://wahl19.bmi.gv.at/>, bzw. des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, [https://egov.stmk.gv.at/wahlen/NR2019/index\\_NR2019.html](https://egov.stmk.gv.at/wahlen/NR2019/index_NR2019.html) (beides zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 26 Die Neuwahlentscheidung führte auch zu zwischenzeitlichen Irritationen zwischen Franz Voves, der einen „offenen Brief“ veröffentlichte, und Hermann Schützenhöfer; nach einigen Wochen kam es jedoch wieder zur Versöhnung (vgl. etwa die Medienberichte vom 5. September 2019 und vom 31. Oktober 2019 abrufbar unter [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/landtagswahl/5685245/Nach-NeuwahlBeschluss\\_Offener-Brief\\_Voves-enttaeuscht-ueber](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/landtagswahl/5685245/Nach-NeuwahlBeschluss_Offener-Brief_Voves-enttaeuscht-ueber) bzw. [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/landtagswahl/5715102/Landtagswahl\\_Schuetzenhoefer-versoehnte-sich-mit-Voves](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/landespolitik/landtagswahl/5715102/Landtagswahl_Schuetzenhoefer-versoehnte-sich-mit-Voves); beides zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 27 Zu den Ergebnissen der Landtagswahl 2019 siehe die offiziellen Ergebnisse auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, <https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/12751079/74836525/> (zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 28 Das Regierungsübereinkommen hat die Überschrift „AGENDA WEISS-GRÜN. STEIERMARK GEMEINSAM GESTALTEN“, siehe <http://www.stvp.at/files/2019/12/Agenda-weiss-gr%C3%BCn-1.pdf> (zuletzt eingesehen am 15. Mai 2020).
- 29 Siehe die Novelle zur Gemeindewahlordnung 2009, LGBl. 21/2020, mit der in § 98b eine eigene Bestimmung für „Außerordentliche Verhältnisse“ geschaffen wurde.